

# SOZIAL-ÖKOLOGISCHE TRANS- FORMATION UND OPTIONEN GEWERKSCHAFTLICHER INTERESSENPOLITIK

Die Abwendung des Klimakollapses gibt eine Problemagenda vor, die zu sofortigen Veränderungen in Wirtschaft, Gesellschaft und Lebensweise zwingt. Doch auch was weitgehend als unverzichtbar akzeptiert wird, ist noch lange nicht ins Werk gesetzt. Zweifel, ob es am Ende wirklich zu einer klimapolitischen Wende kommt, sind mehr als berechtigt. Tief ist die Vernutzung der Natur ins Wirtschaftsmodell eingeschrieben und eng ist die Kopplung von Wachstum, Beschäftigung und Wohlstand. Interessenkonflikte und Transformationsblockaden sind vorprogrammiert. Die Coronapandemie wirkt als weitere Restriktion und verengt die wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftlichen Handlungsspielräume zusätzlich. Wachstumsschwäche und milliarden schwere wirtschaftliche Interventionen erhöhen die fiskalischen Staatsdefizite. Die alltäglichen Belastungen des Shutdowns und die tief ins Alltagsleben der Bevölkerung eindringenden Massnahmen zur Pandemiebekämpfung (etwa Social Distancing) fördern in der Gesellschaft Zukunftsängste und eine rückwärts gewandte Sehnsucht nach den (vermeintlich) «guten alten Vor-Corona-Zeiten».

Auch Gewerkschaften stehen vor schwierigen Aufgaben. Kurzarbeit und die damit verbundenen Verluste von bis zu einem Drittel der monatlichen Einkommen sowie drohende Arbeitsplatzverluste erzeugen Verunsicherungen in den Belegschaften und reduzieren Konfliktbereitschaft unter den Beschäftigten. Hygienevorschriften und Abstandsgebote, Social Distancing-Vorgaben im Betrieb, aber auch ortsflexible Arbeitsformen wie das Homeoffice erschweren Erfahrungsaustausch sowie arbeitskampfrelevante Absprachen unter Beschäftigten und Interessenvertretungen. Und aufgrund von Produktionsunterbrechungen infolge ausbleibender Vorprodukte, vor allem in Branchen mit globalen Liefer- und Exportverflechtungen wie der Automobilindustrie und dem Maschinenbau, oder verschlossener Absatzmärkte verliert die Drohung mit Streiks mitunter seinen Schrecken für die Kapitalseite.

Unter diesen Bedingungen sind öffentliche Bekenntnisse und politische Unterstützung der sozial-ökologischen Transformation durch Interessenorganisationen der abhängigen Arbeit keine Selbstverständlichkeit. Schon gar nicht für eine Industriegewerkschaft wie die IG Metall, die mit Mitgliederbasis und Organisationsmacht im Kernbereich der deutschen Wirtschaft – der Automobil-, Zulieferer- und Stahlindustrie – verwurzelt ist. Diese Wirtschaftssektoren werden im Zuge der De-Karbonisierung mit Blick auf Produkte, Produktionsverfahren und Geschäftsmodelle, und damit auch hinsichtlich von Einkommen und Arbeitsplätzen der Beschäftigten, besonders riskante Phasen durchlaufen müssen. Eine Politik der strukturkonservativen Verteidigung des – aus rein ökonomischer Perspektive – äusserst erfolgreichen Exportkapitalismus deutscher Prägung läge durchaus nahe.

## ÖKOLOGIE DER ARBEIT ALS STRATEGIEENTWURF

Vor allem (aber nicht nur) Industriegewerkschaften stecken in einem Dilemma. Die Interessenlage abhängig Arbeitender sind unter den Bedingungen kapitalistischer Vergesellschaftung durchaus widersprüchlich. Als Erdenbewohner\*innen haben auch die Beschäftigten ein Überlebensinteresse an der Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen. Das erfordert ein Ende des profitgetriebenen Raubbaus an Ressourcen und Schadstoffsenken. Doch das Ende der Verwertung der Natur kann unter kapitalistischen Verhältnissen auch mit dem Ende der Verwertung der Arbeitskraft einhergehen. Und das hat den Verlust von Arbeitsplatz und Einkommen zur Folge. Auf kurze Sicht kann also das sozialpolitisch begründete Beschäftigungsinteresse mit dem langfristig ausgerichteten Nachhaltigkeitsinteresse kollidieren. Im Zeitalter des «Kapitalozän» (Elmar Altvater), in dem die grenzenlose Kapitalakkumulation die Grenzen planetarischer Leistungsfähigkeit zu überschreiten droht, verbinden sich für die abhängig Arbeitenden die sozialen Risiken der Lohnarbeitsexistenz mit den Gefährdungen durch die Klimakrise.

Dass Gewerkschaften wie die IG Metall nicht auf Konservierungs-, sondern auf Transformationsallianzen setzen, versteht sich angesichts dieser Interessen- und Gefahrenkonstellation nicht von selbst. Es beruht auf einem spezifischen gewerkschafts- und interessenpolitischen Selbstverständnis (vgl. Urban 2019: 184ff.). Seinen archimedischen Punkt bildet ein erweiterter Begriff von Interessen und Interessenvertretung abhängiger Arbeit. Dieser Begriff beruht auf der leicht formulierten, aber mitunter schwer eingestandenen Erkenntnis, dass die Fortsetzung des fossilistischen Wachstums – allen widersprüchlichen Interessenlagen abhängiger Arbeit im Kapitalismus zum Trotz – keine realistische Option darstellen kann. Eine Bindung gewerkschaftlicher Arbeits-, Beschäftigungs- und Verteilungspolitik an dieses Wachstum würde diese in eine Sackgasse führen. Eine adäquate Antwort besteht in den Bemühungen um die Formulierung einer Öko-

logie der Arbeit. Sie versucht Anforderung unterschiedlicher Art in ein Konzept gewerkschaftlicher Arbeits- und Beschäftigungspolitik zu integrieren. Aus dieser Perspektive sind die Gewerkschaften in ihrer gesellschaftlichen Funktion und mit ihrem politischen Mandat mit drei Reproduktionskreisläufen konfrontiert, die Nachhaltigkeitskreisläufe werden müssen: die Reproduktion der Arbeitskraft, die Reproduktion der Gesellschaft und die Reproduktion der Natur. Dabei markiert das Schnittstellenfeld der drei Reproduktionskreisläufe das Kernfeld gewerkschaftlicher Arbeitsökologiepolitik (siehe Abb. 1).

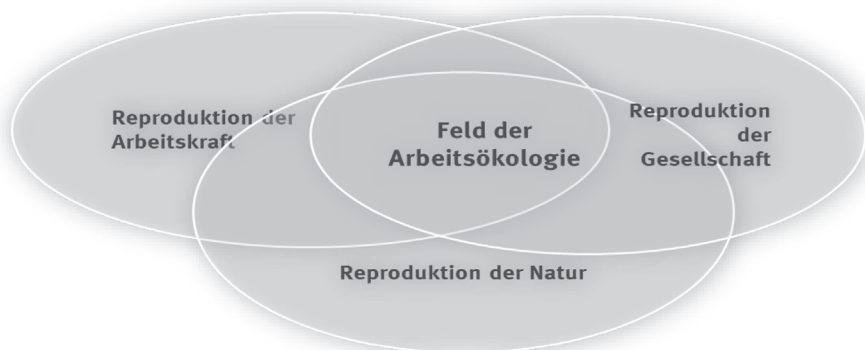


Abbildung 1: Reproduktionskreisläufe und das Feld der Arbeitsökologie

Quelle: Urban 2019: 185.

Alle drei Kreisläufe sind höchst relevant, ja essenziell, auch für die Menschen, die unter den gegebenen Bedingungen auf die ökonomische Verwertung ihrer Arbeitskraft angewiesen sind; ob als abhängig Beschäftigte im sogenannten Arbeitnehmer\*innen-Status oder in der neuen Sozialform prekärer Selbstständigkeit. Letztlich geht es aber um mehr als um Arbeitspolitik. Das im Sinne des Nachhaltigkeitskriteriums erfolgreiche Austarieren der widerstreitenden Interessen kann nur in einem neuen Wachstums- und Entwicklungsmodell gelingen, das sich von kapitalistischen Akkumulationsimperativen befreit und gesellschaftlich sowie nach demokratischen Spielregeln über Wachstums- und Rückbaufelder entscheidet. Dieser Gedanke einer rationellen Ausgestaltung des gesellschaftlichen Naturverhältnisses reicht weit in die Geschichte kapitalismuskritischen Denkens zurück. «Die Freiheit in diesem Gebiet kann nur darin bestehen, dass der vergesellschaftete Mensch, die assoziierten Produzenten, diesen ihren Stoffwechsel mit der Natur rationell regeln, unter ihre gemeinschaftliche Kontrolle bringen, statt von ihm als von einer blinden Macht beherrscht zu werden; ihn mit dem geringsten Kraftaufwand und unter den ihrer menschlichen Natur würdigsten und adäquatesten Bedingungen vollziehn.» (Marx 1964: 828) Sollen die drei Reproduktionskreisläufe Nachhaltigkeitskreisläufe

werden, muss eine adäquate Transformationspolitik sich an entsprechenden Zielen orientieren und dabei immer wieder auftretende Zielkonflikte meistern:

- Das Ziel der ökologischen Nachhaltigkeit: Im Zentrum der geforderten ökologischen Transformation muss die De-Karbonisierung von ökonomischer Wertschöpfung und sozialen Lebensweisen stehen. Die energetische Basis der industriellen Wertschöpfung muss von fossilen Brennstoffen etwa auf grünen Wasserstoff umgestellt und Produktionsverfahren sowie Produkte müssen Nachhaltigkeitstests unterzogen werden. Hinzukommen muss der klimaneutrale Umbau des Verkehrssektors, der sich nicht in der Umstellung des Individualverkehrs auf batterieelektrische Fahrzeuge erschöpfen darf, sondern Verkehrsvermeidung und neue Formen der Mobilität einbeziehen muss.
- Das Ziel der gesellschaftlichen Nachhaltigkeit: Aufgabe der Gewerkschaften ist es, sich mit beschäftigungs- und sozialpolitischen Schutz- und Zukunftskonzepten als Interessenvertretung der abhängigen Arbeit in den Umbauprozess einzuschalten. Doch der sozialen Frage kommt nicht nur aus gewerkschaftlicher Perspektive eine zentrale Rolle zu. Die De-Karbonisierung und andere Massnahmen werden nur auf der Grundlage tragfähiger Szenarien gelingen, in denen die von Transformationsrisiken betroffenen Menschen eine realistische Zukunftsperspektive erblicken können. Alle «Varianten des ökologischen Autoritarismus» (Neckel 2020: 83ff.), die leichtfertig und mitunter aus der Perspektive privilegierter Soziallage davon abstrahieren, werden wachsende soziale Widerstände hervorrufen und riskieren ihrerseits, vor Erreichung der Zielmargen zu scheitern. Dabei sind Konflikte zwischen jenen Kräften, die soziale Schutzinteressen artikulieren, und jenen, die die ökologische Achse bearbeiten, programmiert, wie sozialwissenschaftliche Untersuchungen am Beispiel der Thüringer Automobilindustrie sowie des Braunkohletagebaus in der Lausitz herausgearbeitet haben (Dörre et al. 2020).
- Das Ziel der arbeitspolitischen Nachhaltigkeit: Evident ist zunächst, dass eine arbeitsökologische Orientierung eine offensive arbeitskraftzentrierte Arbeitspolitik erfordert, die sich nicht auf jene Handlungsspielräume zurückzieht, die ihr durch betriebliche Wettbewerbs- und überbetriebliche Politikzweige aufgenötigt werden. Zentral ist hingegen der Schutz der sozialen und kulturellen Lebensinteressen jener Gruppen, die einem besonders offensichtlichen Risiko unterliegen, zu Verlierer\*innen des notwendigen sozial-ökologischen Umbaus zu werden. Die Reproduktionsinteressen der Beschäftigten machen jedoch nicht nur eine Politik der

Beschäftigungssicherung nötig. Qualitative Anforderungen an die Arbeit sind unverzichtbar. Es geht um humane Arbeit, die die Gesundheit erhält, Qualifikationen fordert und fördert und persönliche Entwicklungsperspektiven eröffnet. Arbeitspolitische Interventionen gegen gesundheitsgefährdende Belastungen in einer zunehmend ökonomisierten Arbeitswelt verlangen ein Setting an Massnahmen in der Gestaltung von Arbeitsplätzen und Arbeitsabläufen, eine Neuorientierung in der Arbeitszeit- und Leistungs politik sowie eine neue betriebliche Kultur der Gesundheitsförderung (vgl. Fergen 2019: 137ff.). Zentral sind Modelle verkürzter Arbeitszeiten, die Produktivitätssteigerungen in beschäftigungsverträgliche Bahnen lenken. Die jüngst in der deutschen Metall- und Elektroindustrie tariflich vereinbarten und unter den Beschäftigten auf hohe Zustimmung stossenden Optionen, die wöchentlichen Arbeitszeiten in Richtung auf eine 4-Tage- und 32-Stunden-Woche zu verkürzen, weisen in diese Richtung (Hofmann/Mohr 2021).

#### EIN NEUER WACHSTUMSTYP IN EINEM DEMOKRATISIERTEN ENTWICKLUNGSMODELL

Im ökonomischen, will sagen: marktgesteuerten Selbstlauf werden diese Ziele mit hoher Wahrscheinlichkeit verfehlt. Vielmehr hat die kapitalistische Akkumulationsdynamik, die im Zuge neoliberaler Paradigmen von sozialen und ökologischen Regulierungen weitgehend verschont blieb, den Gegenwartskapitalismus in eine «ökonomisch-ökologische Zangenkrise» (Dörre 2019) geführt. Vor allem das ökonomische Wachstum kapitalistischer Prägung ist vom Problemlöser zum Problemtreiber mutiert. Trug es traditionell zur Wohlstandsmehrung und zur Entschärfung sozialer Verteilungskonflikte bei, so forciert es heute die Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen und den Raubbau an der Natur. Es befördert gesellschaftliche Spaltung, indem es die Vermögen der Reichen mehrt und zugleich immer mehr Menschen in prekäre Lebenslagen abdrängt. Und es nimmt die Natur in einem Masse in Anspruch, welche ihre Regenerationsfähigkeit überfordert. Daher führen die traditionellen Strategien zur Ankurbelung des Wachstums nicht aus der Krise, sondern weiter in sie hinein.

Wird akzeptiert, dass das gegenwartskapitalistische Wachstumsmodell repulsiv geworden ist, erfordert dies die Arbeit an einem neuen Entwicklungsmodell. Dieses Modell kann kaum in der generellen Abkehr von jeglichem Wachstum gefunden werden, wie das mitunter in «Degrowth»-Szenarien diskutiert wird. So sympathisch sie auf den ersten Blick scheinen mögen, so übersehen sie doch, dass die Gegenwartsgesellschaften nicht nur Überfluss-, sondern auch Defizitgesellschaften sind. Umweltschädlicher Luxusproduktion stehen Investitionsrückstände bei sozialer Sicherheit, im Gesundheits- und Sorgebereich, im Bildungs- und Kultursektor und bei der Mobilität von Menschen und Gütern gegenüber. Sie zu beheben erfordert

weiterhin die Produktion von Gütern – wie Zügen, Bussen und Autos – und von sozialen Diensten wie Pflege. Anzustreben wäre also eine Wirtschaft, die nicht unter einem systemischen Wachstumszwang ächzt, sondern die wächst, wo sie wachsen soll, und auf Wachstum verzichtet, wo es die Gesellschaft spaltet oder die Natur überfordert. Ein solches Wachstum fällt flacher aus als das bisherige, da es nur dort gefördert wird, wo gesellschaftlicher Nutzen zu erwarten ist; es ist nachhaltiger, da es Naturgrenzen als Wachstumsgrenzen akzeptiert; und es muss sich gerechter vollziehen, indem es die Verlierer\*innen des Strukturwandels nicht in Arbeitslosigkeit oder Armut abdrängt, sondern ihnen mit gesellschaftlichen Ressourcen neue Perspektiven eröffnet. Aus dieser Perspektive erscheint es zielführend, Momente einer reflektierten Wachstumskritik dort zu ihrem Recht kommen zu lassen, wo sie der Illusion eines «grünen Kapitalismus» entgegentreten (anregend dazu Brand 2021), und sie mit Überlegungen eines neuen Typs selektiven Wachstums zu verbinden, wo gesellschaftliche Defizitbereiche auf ökonomische Wertschöpfungszuwächse angewiesen bleiben.

Solche Ansprüche überfordern den Markt. Er stellt eben eine Spielanordnung dar, in der Privatakteur\*innen nach Profit oder Nutzen streben und Kosten auf Gesellschaft oder Natur abgewälzt werden. Sollen gesellschaftliche Gebrauchswerte, ökologische Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit zu Zielmarken werden, sind andere Spielregeln unverzichtbar. Das erfordert politische Eingriffe in die Märkte. Damit wird die Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft zur Schlüsselaufgabe einer progressiven ökosozialen Transformationspolitik. Ökologisierung und Demokratisierung müssen als zwei Seiten einer Medaille begriffen werden.<sup>1</sup> Um Gesellschafts- und Naturinteressen gegenüber Profitinteressen zu stärken, muss die Demokratie in alle Dimensionen des Ökonomischen vordringen. Dazu gehört die transformationsorientierte Erweiterung der betrieblichen Mitbestimmung besonders in Fragen der Personalbemessung und -entwicklung und der Gestaltung von Arbeitsplätzen, -abläufen und -umgebung (Ehlscheid 2021). Ebenso nötig ist die Demokratisierung der Unternehmensverfassung durch die Implementierung weitreichender Veto- und Einflussrechte für Gewerkschaften und die öffentliche Hand bei Produkt- und Standortentscheidungen. Doch Entscheidungen, die auf Betriebs- und Unternehmensebene getroffen werden, sind vielfach von überregionaler Bedeutung und berühren die Arbeits-, Lebens-, und Umweltinteressen grösserer Bevölkerungsgruppen. Damit ist die Fortentwicklung betrieblicher und der Unternehmensmitbestimmung zu Modellen der Erweiterung gesellschaftlicher Einflussnahme thematisiert, wie sie in klassischen und neueren Modellen der Wirtschaftsdemokratie diskutiert werden (vgl. Meine et al. 2011).

Dass hier in vielerlei Hinsicht konzeptionelles und politisch-praktisches Neuland betreten werden muss, ist offensichtlich. Doch so fern die Demokratisierung der Ökonomie erscheinen mag, Anknüpfungspunkte lassen sich finden. In der Finanzkrise 2009ff. und in der aktuellen Corona-Krise sind Steuermittel in Milliardenhöhe

an Unternehmen geflossen. Insbesondere die diversen Projekte der Europäischen Union signalisieren, dass öffentliche Mittel zur Rettung privater Unternehmungen zum Standardrepertoire (auch) wirtschaftsliberaler Politik werden (vgl. etwa die Beiträge in infobrief eu & international 3/2020). Hier sollte aus der Not eine Tugend werden. Wenn Unternehmen aus Pandemie- oder Transformationsgründen mit Ressourcen der Gesellschaften gerettet werden, sollte eine Logik greifen, die besagt: Wo öffentliches Geld fließt, muss öffentliches Eigentum entstehen und öffentliche Einflussnahme folgen. Zudem weisen sogenannte Transformationsräte, die sich aus Vertreter\*innen von Landesregierungen, Gewerkschaften, Handwerkskammern und Unternehmerverbänden usw. zusammensetzen und unter Rückgriff auf Transformationsfonds industrie-, regional- und strukturpolitische Massnahmenpakete zur ökologischen Erneuerung schnüren, in die richtige Richtung.<sup>2</sup>

## WOHLFAHRTSSTAATLICHE ERNEUERUNG

So unverzichtbar Markt Eingriffe und demokratische Kontrolle von Unternehmen und Transformationsprozessen auch sind, nicht minder wichtig ist ein erneuertes und vor allem erweitertes Wohlfahrtsstaatsverständnis. Sollen ökologische und soziale Nachhaltigkeit Hand in Hand gehen, wird ein ausgebauter und umfassend intervenierender Wohlfahrtsstaat als eine Art «Transformationsagentur» (vgl. Ehlscheid et al. 2021) fungieren müssen. Je radikaler die Umbrüche, desto zuverlässiger muss sein sozialstaatliches Sicherungsversprechen ausfallen. Dazu muss etwa die öffentliche Arbeitsförderung zu einer «investiven Arbeitsmarktpolitik» (Matthias Knuth) entwickelt werden, die sich an der Verbesserung der Beschäftigungsstruktur und der Vermeidung unterwertiger Beschäftigung ausrichtet. Zur Neujustierung gehört ebenfalls die Entwicklung arbeitsmarktpolitischer Brückeninstrumente, die im Falle transformationsbedingter Arbeitsausfälle Entlassungen verhindern und zugleich neue Beschäftigungsperspektiven eröffnen. Zudem müssen (jedenfalls in Deutschland) soziale Sicherungslücken geschlossen werden, die sich aus der tradierten Kopplung der deutschen Sozialversicherung an Arbeitnehmerstatus und normierte Erwerbsverläufe ergeben. Dynamische Arbeitsmärkte, differenzierte Lebensentwürfe und der Wechsel von Lebens- und Beschäftigungslagen verleihen der Weiterentwicklung der klassischen Arbeitnehmerversicherung zu einer Bürger- und Erwerbstätigenversicherung neue Aktualität und Dringlichkeit. Vieles spricht schliesslich dafür, dass dem Ausbau öffentlicher Güter in einer Konzeption des sozial-ökologischen Umbaus eine gewichtige Rolle zukommen kann. Ohne Zugangsschranken, mit ausreichenden finanziellen und personellen Ressourcen ausgestattet und demokratisch verwaltet, können sie die Lebensqualität erhöhen und eine nachhaltige Lebensweise fördern. Das beginnt bei der Gesundheitsversorgung, reicht über Kitas, Schulen und Wohnungen bis zu ausgebauten öffentlichen Verkehrs- und Universitätssektoren.

Ökonomische Interventionen und Investitionen dieser Art erfordern Ressourcen in Milliardenhöhe. Gerade in der sozial-ökologischen Transformation ist der Sozial- auch als (Um-)Verteilungsstaat gefordert. Wirtschaftliche Wertschöpfung, die nach der Logik der kapitalistischen Besitz- und Verfügungsverhältnisse primär in private Profite und Vermögen fließt, muss in historisch neuen Dimensionen durch eine entsprechende Steuer- und Fiskalpolitik abgeschöpft und in die Finanzierung öffentlicher Güter, nachhaltiger Produktionsverfahren und Produkte sowie in soziale Sicherheit umverteilt werden. Das setzt einen Paradigmenwechsel in den Wirtschaftspolitiken der meisten europäischen Staaten voraus. Es erfordert aber auch eine Transformation der New Economic Governance auf europäischer Ebene, die die EU-Mitgliedsstaaten im Gehäuse einer fatalen Austeritätslogik gefangen hält (Urban 2018). Gerade in Europa wird immer offensichtlicher, dass die Integration der Ökonomie in eine Neufassung des europäischen Demokratieprojekts unverzichtbar ist. Die Empirie der EU-Krisenpolitik, ob zur Abfederung der Finanzkrise oder zur Bekämpfung der Corona-Pandemie, lässt deutlich werden, dass eine Demokratiepoltik, die die demokratiegefährdenden Tendenzen der Gegenwart präventiv zu bewältigen sucht, auf eine Demokratisierung der Ökonomie nicht verzichten kann.

## TRANSFORMATIONSALLIANZEN

Ob die sozial-ökologische Transformation gelingt, wird in sozialen und politischen Transformationskonflikten entschieden werden, in denen unterschiedliche Interessen, Sichtweisen und Machtpotenziale aufeinandertreffen. Konflikte sind vorprogrammiert. Doch aus diesen Konflikten müssen mehr oder minder konsolidierte Reformallianzen hervorgehen und fortexistieren, die Arbeitsinteressen und Naturinteressen zusammendenken und in der sich Aktivist\*innen aus Politik und Gesellschaft, vor allem aus der Öko- und der Arbeitswelt, zusammenfinden. Das wird nur gelingen, wenn es eine Bereitschaft zur wechselseitigen Anerkennung von Interessenlagen, Sichtweisen und politischen Präferenzen gibt. Positive Beispiele sind vorhanden. «Gemeinsam Druck machen. Für einen sozialen, ökologischen und demokratischen Wandel» heisst es in einer gemeinsamen Erklärung von IG Metall und Fridays for Future vom August 2019. Und trotz noch nicht bezwungener Corona-Pandemie engagiert sich die IG Metall in einem «Bündnis sozialverträgliche Mobilitätswende», in dem sie mit diversen gesellschaftlichen Akteur\*innen an konzeptionell ausbuchstabilten und praxisnahen Konzepten einer umweltschonenden und sozial gerechten Mobilität arbeitet.

Das alles ist ermutigend, denn der Pfadwechsel wird kommen. Doch welche Richtung er einschlägt, ist nicht ausgemacht. Die Gesellschaft kann durchaus nach rechts kippen. In Parlamenten, aber auch in den Betrieben stehen die Repräsentant\*innen einer reaktionären Wende bereit. Sie versuchen, mit sozialen Status- und



Zukunftsängsten demokratiefeindliche Politik zu befördern. Nicht nur die Natur, auch die Demokratie braucht starke und progressive Reform- und Transformationsallianzen.



## ANMERKUNGEN

- 1 Bemerkenswert ist ein Aufruf von Wissenschaftler\*innen aus angesehenen Universitäten der USA und Europas vom Mai 2020, in dem sie unter der Überschrift «Humans are not resources. Coronavirus shows why we must democratise work» fordern, die Unternehmen zu demokratisieren, um die Würde des Menschen und das Leben auf dem Planeten zu sichern; vgl. The Guardian, 16.5.2020, <https://bit.ly/3AfTqB>
- 2 Vgl. etwa den auf Initiative der IG Metall 2019 in Rheinland-Pfalz gegründeten Transformationsrat; <https://bit.ly/3AfyC>

## LITERATUR

- Brand, U. (2021): Wohlstand statt Wachstum. Anregungen der Postwachstums-Perspektive für eine emanzipatorische Organisation der Arbeit, in: Aulenbacher, B./Deppe, F./Dörre, K./Ehlscheid, C./Pickshaus, K. (Hrsg.): Mosaiklinke Zukunftspfade. Gewerkschaft, Politik, Wissenschaft, Festschrift für Hans-Jürgen Urban, Münster, S. 52–60.
- Dörre, K. (2019): Risiko Kapitalismus. Landnahme, Zangenkrise, Nachhaltigkeitsrevolution, in: ders. et al. (Hrsg.): Große Transformation? Zur Zukunft moderner Gesellschaften, Wiesbaden, S. 3–33.
- Dörre, K./Holzschuh, M./Köster, J./Sittel, J. (2020): Abschied von Kohle und Auto? Sozial-ökologische Transformationskonflikte um Energie und Mobilität, Frankfurt a. M.
- Ehlscheid, C. (2021): Mitbestimmung in der Transformation, in: Schmitz, C./Urban, H.-J. (Hrsg.): Jahrbuch Gute Arbeit 2021. Demokratie in der Arbeit. Eine vergessene Dimension der Arbeitspolitik?, Frankfurt a. M., S. 128–144.
- Ehlscheid, C./Kramer, S./Grüner, J.-P. (2021): Sozialpolitik in der Transformation. Auf dem Weg zum sozial-ökologischen Wohlfahrtsstaat, in: Aulenbacher, B./Deppe, F./Dörre, K./Ehlscheid, C./Pickshaus, K. (Hrsg.): Mosaiklinke Zukunftspfade. Gewerkschaft, Politik, Wissenschaft, Festschrift für Hans-Jürgen Urban, Münster, S. 235–245.
- Fergen, A. (2019): Menschengerechte Arbeitsgestaltung: Stand und Perspektiven, in: Schröder, L./Urban, H.-J. (Hrsg.): Jahrbuch Gute Arbeit 2019. Transformation der Arbeit – Ein Blick zurück nach vorn, Frankfurt a. M., S. 37–157.
- Hofmann, J./Mohr, K. (2021): Zukunftssicherung im Angesicht von Pandemie und Transformation, in: WSI-Mitteilungen, H. 2, S. 171–175.
- Infobrief EU & International (2020), H. 3, Oktober 2020, [https://emedien.arbeiterkammer.at/viewer/ppnresolver?id=AC05712646\\_2020\\_3](https://emedien.arbeiterkammer.at/viewer/ppnresolver?id=AC05712646_2020_3)
- Marx, K. (1964): Das Kapital. Kritik der Politischen Ökonomie. Dritter Band, in: ders./Engels, F.: Werke, Bd. 25, Berlin.
- Meine, H./Schumann, M./Urban, H.-J. (Hrsg.) (2011): Mehr Wirtschaftsdemokratie wagen!, Hamburg.
- Neckel, S. (2020): Der Streit um die Lebensführung. Nachhaltigkeit als sozialer Konflikt, in: Mittelweg 36, H. 6, S. 82–100.

- Urban, H.-J. (2018): Ausbruch aus dem Gehäuse der European Governance. Überlegungen zu einer Soziologie der Wirtschaftsdemokratie in transformatorischer Absicht, in: Berliner Journal für Soziologie, H. 1-2, S. 91-122.
- Urban, H.-J. (2019): Gute Arbeit in der Transformation. Über eingreifende Politik im digitalisierten Kapitalismus, Hamburg.